

Gastbeitrag von **Klemens Joos**

## Wer den EU-Binnenmarkt abwürgt, würgt die Zukunft der EU ab

Teilen Pocket 14



Symbolbild EU-Binnenmarkt.

Zhang Cheng/Xinhua/dpa

FOCUS-online-Gastautor **Klemens Joos**

Sonntag, 26.03.2023, 12:55

**Der 30-jährige Geburtstag des EU-Binnenmarkts sorgte kaum für Aufmerksamkeit. Dabei sind die Probleme der EU nicht kleiner geworden. Aus der fehlenden Regierungsfähigkeit der EU und dem Unvermögen der Mitgliedsstaaten EU-Verträge fortzuschreiben, erwächst ein falscher Aktionismus.**

Von einer größeren Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, hat eine der wichtigsten und erfolgreichsten Institutionen der Europäischen Union (EU) in diesem Jahr 30jährigen Geburtstag gefeiert: Der EU-Binnenmarkt, der seit dem 1. Januar 1993 die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Menschen zwischen den Mitgliedstaaten sicherstellt. Er war und ist damit das Versprechen wirtschaftlicher Freiheit, der Wohlstandsmotor für die Bürger der EU und damit die Hauptattraktion für beitragswillige Staaten.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung hat **zum Geburtstag** die Verdienste des EU-Binnenmarkts auf den Punkt gebracht: „440 Millionen Verbraucher profitieren heute von einer größeren und günstigeren Auswahl an Waren, 17 Millionen Menschen leben oder arbeiten in einem anderen EU-Staat, 24 Millionen Unternehmen sitzen im Binnenmarkt und produzieren dort 15 Prozent aller auf der Welt gehandelten Güter. Die Ausfuhr innerhalb der EU, also von einem in den anderen EU-Staat, hat sich seit Anfang 1993 vervinfacht.“

### EU-Binnenmarkt gerät in Vergessenheit

Umso erstaunlicher der fast vergessene Geburtstag des EU-Binnenmarkts. Die geringe Aufmerksamkeit könnte man vielleicht damit erklären, dass die Welt mit dem Ukraine-Krieg gerade große Probleme hat. Oder es verhält sich mit dem EU-Binnenmarkt wie mit der Gesundheit: Man bemerkt sie erst, wenn sie fehlt, solange sie da ist, ist sie selbstverständlich. Doch die Ursachen liegen tiefer und sind beunruhigend. Die Idee der Marktwirtschaft hat viel an Strahlkraft und an Anhang unter den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten und in der EU-Kommission selbst eingeblüht.

Dazu haben sicher die Corona-Jahre beigetragen, in denen vor allem zu Beginn der staatlichen Ebene eine enorme Handlungskompetenz zuwuchs. Davon zunächst durchaus überrascht und wegen der verschlankten staatlichen Strukturen zum Teil auch überfordert, gewöhnte sich die Exekutive rasch an die neuen Gestaltungsmöglichkeiten, die in vielen Bereichen ein nicht gekanntes Maß des Durchregierens möglich machte. Beinahe zeitgleich mit dem Abflauen der Pandemie überfiel der **russische** Präsident **Wladimir Putin** die Ukraine. Und auch im Krieg dominiert natürlich mitgliedstaatliches Handeln, die regulierende Macht der Märkte tritt – zumindest vorübergehend – in den Hintergrund.



Prof. Dr. Klemens Joos, EU-Experte und TUM-Honorarprofessor.

Nadine Stegemann

### Über den Gastautor

Prof. Dr. Klemens Joos lehrt an der Technischen Universität **München** und ist Gründer der international tätigen Münchner EU Politik- und Unternehmensberatung EUTOP

### Vorstellung von einer Planwirtschaft schreckt immer weniger ab

Die EU-Kommission und nicht wenige EU-Mitgliedstaaten haben sich an ihre Rolle als mächtige Akteure mit der Lizenz zum exekutiven Durchgriff nicht nur gewöhnt, sie nutzen sie und mögen von ihren tiefgreifenden Gestaltungsmöglichkeiten gar nicht mehr lassen. Natürlich war in der Überwindung von Masken- und Impfstoff-Mangel in der Pandemie, bei der Entscheidung über Schulschließungen sowie Test- und Quarantänepflichten vor allem staatliches Handeln gefragt.

Und natürlich können Entscheidungen über Krieg und Frieden, über Waffenlieferungen und Wirtschaftssanktionen nicht Märkten überlassen werden. Zu beobachten ist indes ein beunruhigender Gewöhnungseffekt: Ganz offenkundig schrecken immer weniger Politiker und leider auch Bürger die Vorstellung von einer Planwirtschaft light ab.

Beinahe zeitgleich werden von Bundesklimaminister Robert Habeck und Bundeswohnungsbauministerin Klara Geywitz sowie vom Europäischen Parlament Pläne vorgestellt, wie die hohen CO2-Emissionen im Gebäudebereich reduziert werden sollen. In Deutschland sollen – nach dem Vorbild des Verbrennungsmotors im Straßenverkehr – Öl- und Gasheizungen per Gesetz schrittweise verboten werden. Das Europäische Parlament möchte hingegen den Gebäuden in der gesamten EU einen verbindlichen Stufenplan zur Steigerung der Energieeffizienz vorgeben. Das hält selbst Bundesministerin Geywitz für einen „unverhältnismäßigen Eingriff in die Eigentumsrechte“ des Grundgesetzes, also für verfassungswidrig.

### EU-Kommission setzt stark auf staatliche Vorschriften

Und die EU-Kommission setzt bei ihrem Green-Deal stark auf staatliche Vorschriften. Künftig sollen z.B. Importe mit einem Klimazoll belegt werden, wenn die Hersteller z.B. **in Asien** oder in den USA für den Ausstoß von Treibhausgasen keine Abgaben zahlen. So sollen Wettbewerbsnachteile für die EU-Wirtschaft verhindert werden. Viel spricht allerdings dafür, dass Asiaten und Amerikaner mit neuen Zöllen für EU-Produkte reagieren werden. In dieses Politikmuster passt die Antwort der EU-Kommission auf den „Inflation Reduction Act (IRA)“, mit dem US-Präsident Joe Biden den grünen Umbau der heimischen Wirtschaft fördern will.

Beihilfen soll es aber vor allem für in den USA produzierte Waren wie zum Beispiel E-Autos geben. Weil die EU-Kommission in der Folge die Abwanderung von Produktionen aus der EU in die USA befürchtet, will sie jetzt einen „europäischen IRA“ (EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen) ins Werk setzen. Konkret geht es um die Lockerung von Beihilferegeln für erneuerbare Energien und klimafreundliche Technologien in den Mitgliedstaaten.

### Subventionen nicht das wichtigste Instrument um Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen

Mahnende Stimmen zur Vernunft gibt es auch. So warnte die Vizepräsidentin der EU-Kommission, Margrethe Vestager, zu Jahresbeginn, es würde der Wirtschaft deutlich mehr Vorteile bringen, wenn verbleibende Hürden auf dem EU-Binnenmarkt beseitigt würden, als dies Subventionen vermöchten. Die Wettbewerbs-Kommissarin nennt auch konkrete Zahlen: 713 Milliarden Euro mehr bis 2029.

Die Idee, „dass Subventionen das wichtigste Instrument sind, um die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen“, hält sie für einen Irrtum. Zurecht, denn im internationalen Wettbewerb bestehen auf Dauer nur Unternehmen, die global konkurrenzfähige Produkte herstellen, und nicht solche, die sich auf das Abschöpfen von Fördergeldern spezialisiert haben und ansonsten auf Schutzzölle vertrauen.

### **Marktwirtschaft kommt unter die Räder**

Dennoch kommt der Gedanke der Marktwirtschaft jeden Tag etwas mehr unter die Räder. Die EU und/oder ihre Mitgliedstaaten geben nicht nur die Ziele vor, sondern auch die Wege dorthin. Sie stellen dafür immer neue Milliarden-Programme bereit: Entweder zur Investitionsförderung oder zum Ausgleich für negative Folgen dieser Politik. In der Folge steigen die Staatsschulden, flüchten sich Unternehmen unter Schutzschilder statt sich im Wettbewerb zu bewähren, verschärft sich die Inflation.

Die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina hält dagegen: Wichtig seien Technologie-Offenheit, Wasserstoff-Forschung, ein konsequenter Netzausbau und die CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Gemeint ist: Der Staat sollte sich darauf beschränken, der Wirtschaft einen Rahmen vorzugeben, den Rest aber dem Markt zu überlassen.

### **Wissenschaft unterstützt Abwendung von Markt und Hinwendung zum Staat**

Die Abwendung vom Markt und die Hinwendung zum Staat findet prominente Unterstützer in der Wissenschaft. Die italienisch-amerikanische Wirtschaftswissenschaftlerin am **Londoner** University College, Mariana Mazzucato, gehört zu den einflussreichsten Stimmen, hat nicht zuletzt das Ohr von Bundeswirtschaftsminister Habeck. Ihr Postulat: „Wir müssen umdenken: Der Staat muss ganze Märkte neu erschaffen. Er muss sie formen, nicht bloß regulieren, wenn sie mal versagen.“ Denn: „Um die grüne Revolution zu starten und gegen den Klimawandel anzugehen, brauchen wir wieder einen aktiven Staat“.

Eine ihrer Schriften hat den richtungsweisenden Titel: „The Entrepreneurial State“ (Der unternehmerische Staat). So führe das Gas-Fracking in den USA zwar zu Wertschöpfung, aber diese Form der Wertschöpfung sei „moralisch falsch“. Das war vor dem Ukraine-Krieg. Heute lässt es sich die Bundesregierung viel Steuergeld kosten, eben dieses Fracking-Gas nach Deutschland zu bringen. Ein Gas, das es nach dem Willen der grünen Staatswirtschaftslehre gar nicht mehr geben dürfte.

### **„Die Mutter aller Probleme“**

Die EU-Kommission stürzt sich nach meiner Überzeugung auch deshalb mit Macht in die Ausgestaltung einer europäischen Staatswirtschaft, weil sie bei der Lösung des Hauptproblems der EU derzeit nicht liefern kann: Die mangelnde Regierungsfähigkeit der Europäischen Union infolge des immer noch in wichtigen Handlungsfeldern bestehenden Prinzips der Einstimmigkeit. Nach wie vor sind zu viele EU-Mitgliedstaaten nicht zu einem mitgliedstaatlichen Machtverzicht zugunsten einer höheren Handlungsfähigkeit und damit Zukunftsfähigkeit der EU bereit.

Ich hatte diese Governance-Krise bereits im Juni 2022 an dieser Stelle als die „Mutter aller Probleme“ identifiziert, ohne deren Lösung es nicht gelingen werde, mit anderen Big Playern wie **China** oder den USA auf Augenhöhe zu kommen. Das Prinzip der Einstimmigkeit besteht bei den Themen Außen- und Sicherheitspolitik, Außengrenze, sowie Haushalt/Währung fort. Deshalb überrascht es nicht, dass die EU in den großen Krisen der Vergangenheit – Ukraine, Flüchtlinge/Asyl/ und Euro – in den Augen der Bürger mehr oder minder versagt hat.

### **Übergang zu Mehrheitsentscheidungen?**

Es besteht dazu kein Erkenntnisdefizit innerhalb der EU, sondern ein massives Handlungsdefizit. Im Mai vergangenen Jahres forderte der **französische** Präsident Emmanuel Macron zum Abschluss der Straßburger „Konferenz zur Zukunft Europas“ institutionelle Reformen und stellte konkret das Prinzip der Einstimmigkeit in Frage. Wenn die EU sich schneller entwickeln wolle, mache dieses Prinzip keinen Sinn mehr. In der Tat: 27 Staaten können sich in der Regel höchstens auf den kleinen gemeinsamen Nenner verständigen, wenn überhaupt.

Aktuelles Beispiel: Mehr Flüchtlinge denn je strömen in die EU – über das Mittelmeer, vor allem aus der Ukraine. Doch der EU gelingt es nicht, sich auf eine gemeinsame Anstrengung zur gleichmäßigen Verteilung der daraus erwachsenden Lasten zu verständigen. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz hat das Problem in seiner Prager Rede im August 2022 adressiert: Er schlug vor, „in der Gemeinsamen Außenpolitik, aber auch in anderen Bereichen, wie der Steuerpolitik, schrittweise zu Mehrheitsentscheidungen überzugehen.“

Leider ist der Schwung des Sommers 2022 vollständig verebbt. Stattdessen ist der eingangs beschriebene Aktionismus vor allem der EU-Kommission in den Bereichen Klima- und Industriepolitik zu beobachten – eine staatlich gelenkte Ökologie-Agenda mit industriepolitischem Anstrich. Manch einer **in Brüssel** würde am liebsten die für notwendig erachteten Batterie- und Chip-Fabriken gleich selbst bauen, statt sie „nur“ mit massiver Förderung zu bewirken.

### **Fehlanreize können zu EU-Binnenmarkt-Versagen führen**

Hier entsteht ein bedrohlicher Teufelskreis in der EU: Aus dem Unvermögen, die eigene Regierungsfähigkeit zu verbessern, erwächst ein falscher Aktionismus im Bereich Klima- und Industriepolitik mit Eingriffen in marktwirtschaftliche Kernprinzipien. Der daraus resultierende hohe Finanzbedarf für Subventionen für Unternehmen und soziale Beihilfen für Bürger wird die Verschuldung in die Höhe treiben und den EU-Binnenmarkt für Investoren weniger attraktiv machen.

Die Fehlanreize dieser Planwirtschaft *light* können zu einem EU-Binnenmarkt-Versagen mit erheblichen Verwerfungen in den EU-Mitgliedstaaten führen, die die Vertrauenskrise bei den Bürgern in die EU verschärfen würde. Mit einem Wort: Wer den EU-Binnenmarkt schwächt oder aushebelt, legt Hand an das Versprechen von Freiheit, ökonomischem Aufstieg und sozialer Sicherheit der Europäischen Union. Der EU-Binnenmarkt war und ist der Motor der europäischen Integration. Wer ihn abwürgt, würgt die Zukunft der EU ab.

[https://www.focus.de/finanzen/wer-den-eu-binnenmarkt-abwuergt-wuergt-die-zukunft-der-eu-ab\\_id\\_189379717.html](https://www.focus.de/finanzen/wer-den-eu-binnenmarkt-abwuergt-wuergt-die-zukunft-der-eu-ab_id_189379717.html)

Abgerufen am 27.03.2023